



Maximilianeum

Das Online-Magazin des Bayerischen Landtags

Jahrgang 3 | Ausgabe Nr. 4 | Juli 2009



16. Wahlperiode:

Blick auf das erste Parlamentsjahr Landtag absolviert großes Arbeitspensum

Zur Sommerpause können die 187 Abgeordneten auf eine arbeitsreiche erste Etappe der 16. Wahlperiode blicken: Viermal mehr Gesetze als im gleichen Zeitraum in der 15. Wahlperiode wurden verabschiedet.

Seit der Konstituierung des Parlaments im Oktober 2008 sind insgesamt 55 Gesetzentwürfe eingereicht und davon 42 Gesetze verabschiedet worden. In der vorausgegangenen Wahlperiode waren es zehn gewesen. „Das Parlament ist vielfältiger und lebendiger geworden“,



sagt Landtagspräsidentin Barbara Stamm mit Blick auf die bayerische Volksvertretung, in der neben CSU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen seit Herbst auch die Freien Wähler und die FDP als Fraktionen vertreten sind.

Lesen Sie mehr ab Seite 3

Der Plenarsaal des Bayerischen Landtags aus der ungewöhnlichen Perspektive eines Fischaugen-Objektivs.

Foto: Poss

Themen

Nichtraucherschutz

Landtag beschließt Lockerung



Seite 7

BayernLB

Weichen neu gestellt



Seite 9

Serie Ausschüsse

Umwelt und Gesundheit



Seite 10

Sternstunden

Sommerempfang in Schleißheim



Seite 14

Liebe Leserin, lieber Leser,



Die Westfassade des Maximilianeums mit dem sogenannten Westgarten inklusive Springbrunnen.

Foto: Poss

arbeitsreiche Wochen liegen hinter den 187 Abgeordneten, die seit der Konstituierung des Parlaments im Oktober 2008 zu 28 Vollversammlungen – davon zwei Sonder-sitzungen zur BayernLB – zusammengetreten sind. Zum Vergleich: In der vorausgegan-genen Wahlperiode hatte es im selben Zeitraum 23 Plenarsitzungen gegeben. „Es wird mehr diskutiert“, stellt Landtagspräsidentin Barbara Stamm mit Blick auf die längeren Mei-nungsbildungs- und Abstimmungsprozesse im Fünf-Fraktionen-Parlament fest. [➔ MEHR](#)

Exklusiv für „Maximilianeum“ bewerten in dieser Ausgabe die Vorsitzenden der Landtagsfraktionen von CSU, SPD, Freie Wähler, Bündnis 90/Die Grünen und FDP die geleis-tete Arbeit im ersten Parlamentsjahr und geben jeweils Ausblicke auf ihre politische Arbeit im Herbst. [➔ MEHR](#)

In kleinen Gaststätten, Nebenräumen und Bierzelten darf ab 1. August wieder geraucht werden. Der Landtag beschloss einen ent-sprechenden Gesetzentwurf der Staatsregie-rung, der Lockerungen beim jetzigen Nicht-raucherschutz vorsieht. „Maximilianeum“

berichtet über die Debatte im Plenum. Wir stellen auch die Eckpunkte des neuen Ge-sundheitsschutzgesetzes sowie den aktuellen Stand zu dem dazu beantragten Volksbe-gehren „Für echten Nichtraucherschutz“ vor. [➔ MEHR](#)

Wer viel arbeitet, soll ab und zu auch feiern. Der Bayerische Landtag tut dies traditionell vor der Sommerpause mit einem Benefiz-Abend in Schleißheim. Der Erlös in Höhe von 60 000 Euro geht heuer zugunsten von „Sternstunden e.V.“ – eine Einrichtung des *Bayerischen Rundfunks*, die kranken, be-hinderten und Not leidenden Kindern hilft. [➔ MEHR](#)

Darüber, aber auch über viele weitere The-men rund um das bayerische Parlament berichten wir in dieser Juli-Ausgabe.

Wir wünschen Ihnen schöne Sommertage und eine interessante Lektüre.

DIE REDAKTION

Inhalt

Editorial	2
Titelthema	
16. Wahlperiode: Die erste Etappe	
Interview mit Barbara Stamm	3
Viermal so viele Gesetze verabschiedet	4
Resümee der Fraktionsvorsitzenden	5
Parlament	
Nichtraucherschutz gelockert	7
BayernLB: Weichen neu gestellt	9
Serie:	
Ausschuss für Umwelt und Gesundheit	10
Umfrage: Wie praktikabel ist der Feuerwehrführerschein?	13
Parlamentsleben	
„Sternstunden“ in Schleißheim	14
Chemiedreieck zeigt Flagge	15
Galerie der Landtagspräsidenten	17
Notizen	
Vermischtes	18
Landtag tritt Bündnis für Toleranz bei	20

„Das Parlament ist lebendiger geworden“

Neuer Landtag hat erstes Parlamentsjahr hinter sich – Präsidentin Barbara Stamm zieht Bilanz



Mit einem Sitzungsmarathon hat sich der Bayerische Landtag in die Sommerferien verabschiedet. Für die 187 Abgeordneten, die im Herbst 2008 in die bayerische Volksvertretung gewählt worden waren, ging am 16. Juli 2009 das erste Parlamentsjahr zu Ende. Landtagspräsidentin Barbara Stamm zieht in einem Interview mit „Maximilianeum“ eine Zwischenbilanz dieser ersten Etappe.

Frau Stamm, in der 16. Wahlperiode des Bayerischen Landtags ist vieles anders als vorher: Die CSU hat nicht mehr die lange gewohnte absolute Mehrheit, sondern muss sich mit einer selbstbewussten FDP als Koalitionspartnerin arrangieren. Statt drei sind jetzt fünf Fraktionen im Parlament vertreten. Wie erleben Sie als erfahrene Parlamentarierin die Abgeordneten bei der Arbeit, vor allem im Plenum?

Bei fünf Fraktionen dauern natürlich die Meinungsbildungs- und Abstimmungsprozesse länger als vorher. Es wird mehr diskutiert. Das Parlament ist auf jeden Fall vielfältiger und lebendiger geworden.

Sie sind die erste Frau an der Spitze des Bayerischen Landtags. Wo wollen Sie Akzente setzen?

Ich möchte das Selbstbewusstsein des Landtags stärken, seinen Stellenwert als Vertretung des Volkes noch mehr in den Mittelpunkt rücken: Es ist schließlich das Parlament, das die Staatsregierung kontrolliert, Gesetze verabschiedet und entscheidet, wie viel Geld für die verschiedenen Maßnahmen in Bayern fließt. Das Haushaltsrecht ist das vornehmste Recht des Parlaments. Dem Hohen Haus gehören die Männer und Frauen an, die von den Bürgerinnen und Bürgern gewählt wurden und deren Vertrauen haben.

Viele Menschen setzen den Landtag oft gleich mit der Regierung – dieser Unterschied zwischen Legislative und Exekutive muss wieder deutlicher werden.

Ich möchte auch, dass die Abgeordneten selber die Würde des Parlaments hochhalten, zahlreich an den Plenarsitzungen teilnehmen, nicht nur – wie wir es gewohnt sind – in den Ausschüssen hohe Präsenz zeigen, und sich bei allen notwendigen politischen Auseinandersetzungen auch eine bestimmte Streitkultur bewahren.

Der Bayerische Landtag versteht sich als „offenes Haus“ mit 50 000 Besuchern im Jahr, die oft an Sitzungen teilnehmen und mit den Abgeordneten diskutieren. Es gibt ein eigenes pädagogisches Programm, Ausstellungen und Gespräche finden statt. Was waren die herausragenden Ereignisse im ersten Parlamentsjahr?

Der Festakt „60 Jahre Grundgesetz“ im Mai 2009 mit Hans-Jochen Vogel als Festredner steht dabei an erster Stelle. Beeindruckend war auch die Ausstellung der BIRTHLER-Behörde in Berlin, die an die Stasi-Methoden in der ehemaligen DDR erinnert hat. In diesem

Zusammenhang möchte ich gleich auf einen Termin am 11. November hinweisen: An diesem Tag beginnt die Sitzung des Plenums mit einer Gedenkstunde an den Fall der Mauer vor 20 Jahren. Dagmar Schipanski, die Präsidentin des Thüringer Landtags, wird sprechen, der Dichter Reiner Kunze aus seinem Werk *Die wunderbaren Jahre* lesen. Er hat selbst unter dem DDR-Regime gelitten und musste ausreisen. Als ein weiterer Höhepunkt im Herbst steht ein Gesprächsabend mit Dr. Reinhard Marx an, dem Erzbischof von München-Freising. Beeindruckt bin ich noch vom großen Sommerempfang des Bayerischen Landtags am 14. Juli 2009 im Neuen Schloss in Schleißheim. 2000 Menschen sind gekommen, und es wären noch viel mehr gewesen, hätten wir alle Wünsche berücksichtigt. Dieses Fest sollte auch ein Dankeschön sein an die vielen Bürgerinnen und Bürger, die sich das ganze Jahr über ehrenamtlich engagieren. Außerdem diente die Veranstaltung wieder einem guten Zweck. 60 000 Euro kamen für die große Benefizaktion „Sternstunden“ zusammen – für Kinder, die nicht auf der Sonnenseite des Lebens stehen.

Lesen Sie weiter auf Seite 4

Fortsetzung Interview

Die Abgeordneten haben jetzt das Haus verlassen, dafür kommen die Handwerker. Die Gaststätte wird modernisiert; ein Teil des Maximilianeums bekommt neue Fenster. Eine Baukommission mit Vertretern aus allen Fraktionen tagt sogar in den Parlamentsferien, um den Neubau im Nordhof auf den Weg zu bringen. Läuft alles nach Plan?

Wir haben einen ehrgeizigen Zeitplan und wollen das Projekt bis zum Herbst 2011 verwirklichen. Der Erweiterungsbau soll der Raumnot ein Ende bereiten, die sich mit den Landtagswahlen 2008 verschärft hat, als fünf statt drei Fraktionen in das Parlament einzogen. Jetzt sollen Besprechungsräume, ein Sitzungssaal und über 50 Büros entstehen: für die Abgeordneten, aber auch für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landtagsamts, die derzeit ausquartiert sind. Wenn das Projekt fertig ist, sollen auch sie wieder in das „Stammhaus Maximilianeum“ zurückkehren. Sehr am Herzen liegt mir auch die Kindertagesstätte, die noch in diesem Herbst eröffnet wird – als Betriebskindergarten, denn der Bayerische Landtag übernimmt selbst die Trägerschaft. Diese Einrichtung soll dazu beitragen, dass Mütter und Väter Beruf und Familie besser miteinander verbinden können. Das gilt für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landtagsamts und der Fraktions-Geschäftsstellen, für Abgeordnete und für Angehörige der Landtagspresse.

Interview: Heidi Wolf

Viermal mehr Gesetze verabschiedet

Seit der Konstituierung des Parlaments im Oktober 2008 sind insgesamt 55 Gesetzentwürfe eingereicht und davon 42 Gesetze in 28 Vollversammlungen verabschiedet worden – viermal mehr Gesetze als im gleichen Zeitraum in der 15. Wahlperiode. Damals wurden bis zur ersten Sommerpause lediglich zehn Gesetze in 23 Vollversammlungen verabschiedet. Zwei der insgesamt 28 Vollversammlungen wurden als Sondersitzungen zur BayernLB einberufen.

Die Mitglieder der zwölf ständigen Ausschüsse kamen bis zur Sommerpause zu insgesamt 201 Sitzungen zusammen, wobei der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit 41 Sitzungen am häufigsten tagte. Die Kommission zur parlamentarischen Begleitung der Krisenbewältigung bei der BayernLB trat insgesamt 13-mal zusammen.

Anfragen zum Plenum gab es bis Mitte Juli 315 gegenüber 310 (15. Wahlperiode). Eine intensive parlamentarische Tätigkeit ist auch aus der Zahl der eingegangenen Anträge abzulesen: Insgesamt wurden seit Oktober 2008 mehr als 760 Anträge (15. WP. 580 Anträge) gestellt, davon über 600 verabschiedet (15. Wahlperiode 450 An-

träge). Bei den Petitionen ist eine Zunahme bei den Massen- und Sammeleingaben feststellbar: Insgesamt 3215 Petitionen (15. WP. 3192 Petitionen) sind den Ausschüssen bislang zugewiesen worden. Insgesamt zehn Regierungserklärungen



Regierungserklärung von Horst Seehofer am 10. Dezember 2008. Foto: Poss

wurden im Fünf-Fraktionen-Parlament abgegeben – gegenüber vier Regierungserklärungen im gleichen Zeitraum in der 15. Wahlperiode.

Zu den wichtigen Gesetzen der ersten Etappe zählen die Verabschiedung des

Doppelhaushalts 2009/2010 mit einem Volumen von rund 40 Milliarden Euro pro Jahr sowie die Änderung des Bayerischen Landesbank-Gesetzes mit neuen Regelungen zur Gremienzusammensetzung und zu den Aufgaben der BayernLB. Außerdem wurde

das Hochschulrecht weiter fortentwickelt (Bayerisches Hochschulgesetz, Hochschulpersonalgesetz, Hochschulzulassungsgesetz): So wird künftig z. B. allen Absolventinnen und Absolventen der Meisterprüfung der allgemeine Hochschulzugang eröffnet. Bei Familien mit mehreren gleichzeitig in Deutschland

oder dem EU-Raum studierenden Kindern werden ab dem Wintersemester 2009/2010 nur noch einmal Studienbeiträge erhoben. Auf breites Interesse in der Öffentlichkeit stieß auch die beschlossene Lockerung des Gesundheitsschutzgesetzes (*Nichtraucher-schutz, siehe Seite 7*). /kh

16. Wahlperiode: Erste Etappe

Resümee der Fraktionsvorsitzenden

Exklusiv für „Maximilianeum“ bewerten die Fraktionsvorsitzenden die geleistete Arbeit im ersten Parlamentsjahr und geben Ausblicke auf ihre politische Arbeit im Herbst.



Arbeitsplätze im Plenarsaal

Foto: Poss

Georg Schmid (CSU)

Durch die Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise stand und steht auch die bayerische Politik vor enormen Herausforderungen. Denn trotz der seit Jahrzehnten andauernden wirtschaftlichen Erfolgsgeschichte Bayerns, die nicht zuletzt auf die immer wieder richtigen und zukunftsweisenden Weichenstellungen und Schwerpunktsetzungen der Politik in Bayern zurückzuführen ist, hat die weltweite Krise auch die bayerische Wirtschaft getroffen.

In den vergangenen zehn Monaten hat die CSU-Fraktion entscheidende Initiativen auf den Weg gebracht und viele Anträge und Gesetze verabschiedet. Wir schaffen 2700 neue Lehrstellen und bauen Ganztagsangebote aus. Wir unterstützen Familien mit Kindern. Wir verbessern die Kinderbetreuung und helfen mit dem Förderprogramm Jugendsozialarbeit gerade auch den Kindern aus sozial schwachen Familien, ihre Ausbildungsfähigkeit zu erhöhen. Wir kümmern uns um den Erhalt möglichst vieler Arbeitsplätze und langfristig wettbewerbsfähiger Unternehmen. Beispielsweise konnte schon über 700 Unternehmen durch den bayerischen



Mittelstandsschirm geholfen werden. Wir sichern auch den Finanzstandort Bayern. Nur durch eine gezielte Mittelstandspolitik, eine begabungsgerechte Bildungspolitik und eine zukunftsweisende Innovationspolitik wird unser Land gestärkt aus der Krise kommen. Eine Politik für Familien, für innere Sicherheit und für eine intakte Umwelt erhält Bayern lebenswert. Diese Schwerpunkte für die bayerische Politik haben wir durch die Verabschiedung des Doppelhaushalts 2009/2010 gesetzt.

Franz Maget (SPD)

Mit einer klaren thematischen Schwerpunktsetzung hat die SPD-Fraktion von Anfang an die Rolle der Oppositionsführung wieder übernommen. 16 neue Fraktionsmitglieder haben für neuen Schwung gesorgt und wichtige Sprecherfunktionen übernommen. Die wirtschaftliche Krise hat auch den Freistaat erreicht. Deshalb war es für uns wichtig, konjunkturelle Impulse zu setzen, das kommunale Investitionsprogramm zu befördern und in seiner Umsetzung zu begleiten. Weiterhin gehören der Erhalt der öffentlichen Daseinsvorsorge, eine bessere Regional- und Strukturpolitik und die Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen zu unseren politischen Kernforderungen. Wir wollen eine erfolgreiche Wirtschaft, die in sozialer Verantwortung für den Standort Bayern arbeitet. Dafür brauchen wir ein bestmögliches Bildungssystem. „Keiner darf verloren gehen“ lautet unser Motto. Unsere Initiativen für mehr Bildungsgerechtigkeit, für die Abschaffung der Studiengebühren, für eine Stärkung der Hochschulen, für bessere Kinderbetreuung und individuelle Förderung in allen Schularten machen die SPD



zum Reformmotor in der bayerischen Bildungspolitik. Sowohl in der Bildungs- wie in der Sozialpolitik setzt die SPD die Maßstäbe, an denen sich Schritt für Schritt auch die Regierungsparteien orientieren müssen. Insbesondere in der Sozialpolitik ist die SPD-Fraktion der Ideengeber, der auf ein soziales, gerechtes Bayern drängt. Unter anderem haben wir ein Landesprogramm zur Bekämpfung der Kinderarmut erarbeitet, eine Projektgruppe „Bei uns hat Alter Zukunft“ sowie ein „Zukunftsforum Gesundheit“ eingerichtet.

Hubert Aiwanger (Freie Wähler)

Nach unserem Einzug in den Landtag im September 2009 – mit 10,2 Prozent Stimmanteil bilden die 20 Freie Wähler-Abgeordneten die drittgrößte Fraktion im Landesparlament – haben wir nach einer Phase der Eingewöhnung erste Themenschwerpunkte gesetzt. Entsprechend unserem Markenzeichen, sachbezogen, unabhängig und bürgernah Politik zu machen, haben wir uns seither mit großem Engagement für die gentechnikfreie Landwirtschaft, faire Milchpreise, eine soziale Gesundheitsversicherung, das gebührenfreie Erststudium, eine eigenständige Senioren- und Jugendpolitik, die berufliche Mittelschule, schnelles Internet auch außerhalb der Städte, gegen die Privatisierung der Bayerischen Landesbank und vieles andere mehr eingesetzt. In Regionalkonferenzen zu Themen wie Energie und Umwelt, kommunale Wasser-



wirtschaft, Gesundheit, Bildung und Soziales haben wir darüber hinaus auf kommunaler Ebene und im direkten Dialog mit den Bürgern neue Denkansätze generiert, die in die tägliche Parlamentsarbeit eingeflossen sind. Das Verfolgen kommunalpolitischer Ziele unter parteipolitischer Unabhängigkeit hat für uns weiterhin absoluten Vorrang. Wichtige Themen

ab September werden die kontinuierliche Stärkung der Kommunen, der bäuerlichen Landwirtschaft und der Infrastruktur der ländlichen Räume, Regionalität und Dezentralisierung, die Energie- und Umweltpolitik sowie die Bildung sein – projektbezogen und ideologiefrei. Mit Nachhaltigkeit und Vehemenz werden wir die Regierungskoalition kritisch, aber konstruktiv und mit gut durchdachten Lösungsansätzen inhaltlich auf Trab halten.

Margarete Bause und Sepp Daxenberger (Grüne)

Für die Grünen zeigt sich in dieser Legislaturperiode, dass das berühmte „langsame Bohren dicker Bretter“ durchaus zum Erfolg führen kann. Die neuen Mehrheiten haben dafür gesorgt, dass Bewegung in vormals festgefahrene Lager geraten ist. In dieser neuen Offenheit lassen sich viele grüne Argumente, die noch bis zur Wahl am Zwei-Drittel-Block abgeprallt sind, endlich in praktische Politik umsetzen. Gentechnik, Integration und Bürgerrechte sind die augenfälligsten Politikfelder, in denen wir Landespolitik maßgeblich antreiben und gestalten konnten. So haben die Grünen nach jahrelanger Vorarbeit durchgesetzt, dass der Landtag einstimmig für die Schließung umstrittener Containerunterkünfte für Flüchtlinge votierte. Eine Expertenanhörung, die das Parlament auf Antrag der Grünen durchführte, bestätigte den dringenden Bedarf, die Flüchtlingspolitik insgesamt neu zu regeln.



Einen ganz entscheidenden Erfolg für die Grünen stellte der Kurswechsel der CSU im Umgang mit der Agro-Gentechnik dar. Zurückrudern musste die Regierung auch

bei der Online-Durchsuchung und beim Versammlungsrecht. Wenig Neues dagegen können wir in der Bildungspolitik erkennen: Obwohl Schwarz-Gelb die Probleme an den Schulen nicht länger ausblenden kann, bleibt das Herumdoktern am überkommenen System immer noch das zentrale Leitmotiv. Konsequente Reformen in der Bildungspolitik bleiben deshalb ganz oben auf der grünen Agenda. Entscheidend ist nach der Sommerpause darüber hinaus, nachhaltige Wirtschaftskonzepte gegen die globale Krise zu entwickeln.

Thomas Hacker (FDP)

Die FDP-Fraktion hat in ihren ersten Monaten in Regierungsverantwortung im Freistaat eindeutige Impulse gesetzt. Wir haben bereits jetzt das Versammlungsrecht, die Onlinedurchsuchung und die Videoüberwachung modifiziert, um die Gesetzesverschärfungen der letzten Jahre wieder rückgängig zu machen. Freiheit und Sicherheit sind keine Gegensätze. Bayern bleibt mit der FDP-Landtagsfraktion ein sicheres Land und wird gleichzeitig freier.

Im Bereich Bildung sorgt die FDP für einen Wandel: Durch die Kooperationsmöglichkeit zwischen Haupt- und Realschule und die neue Mittelschule werden unseren Kindern wohnortnahe Möglichkeiten für höhere Schulabschlüsse eröffnet. Damit passgenaue Lösungen vor Ort entstehen können, wollen wir der Schulfamilie mehr Freiheit und Entscheidungskompetenz geben. Wir sorgen dafür, dass der Bildungsstandort Bayern für die Zukunft gewappnet ist.

Der DSL-Breitbandausbau schreitet mit uns nun endlich voran. Die FDP hat im Koalitionsvertrag eine Umsetzung der schnellen Internetverbindung in unversorgten Gebieten innerhalb der nächsten drei Jahre durchgesetzt. Bis Ende 2010 wird eine weitestgehend

flächendeckende Breitbandversorgung angestrebt. Auch in Zukunft setzen wir uns dafür ein, dass bei der Umsetzung des Koalitionsvertrages weiterhin eine deutliche liberale Handschrift zu erkennen ist. Der Koalitionsvertrag ist jedoch kein statisches Konstrukt, sondern Basis eines dynamischen Prozesses. Daher werden wir in den Bereichen, die bereits umgesetzt wurden, nach der Sommerpause neue Anregungen für ein weltoffenes und liberaleres Bayern geben.



Landtag beschließt Liberalisierung des Gesundheitsschutzgesetzes

Nichtraucherschutz gelockert

In Bayern darf ab dem 1. August in kleinen Gaststätten, Nebenräumen und Bierzelten wieder geraucht werden. Der Landtag beschloss kurz vor der Sommerpause mit einem Großteil der Stimmen von CSU, FDP und einer Abgeordneten der Freien Wähler einen Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Lockerung des Gesundheitsschutzgesetzes.

Sechs Parlamentarier aus dem Koalitionslager – fünf CSU-Abgeordnete sowie der Gesundheitsexperte der Liberalen Otto Bertermann – verweigerten dem Regierungsentwurf ihre Zustimmung. An der Mehrheit für die von CSU und FDP bei den Koalitionsverhandlungen vereinbarte Gesetzesnovellierung konnte dies jedoch nichts ändern: 100 Abgeordnete im Plenum stimmten für den Regierungsantrag, 73 dagegen. Auch die Freie Wähler-Fraktion und die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hatten dazu jeweils eigene Gesetzentwürfe eingereicht, die allerdings keine Mehrheiten fanden.

Den Abstimmungen war eine einstündige kontroverse Debatte im Plenum vorausgegangen: Gesundheitsminister Dr. Markus Söder (CSU) verteidigte den Gesetzentwurf der Staatsre-

gierung. Der Gesundheitsschutz im Freistaat habe weiterhin oberste Priorität, beteuerte er. Es gehe um einen praktikablen Nichtraucherschutz, der vollziehbar sei und gesellschaftlichen Frieden wiederherstelle. Christa Stewens (CSU), die frühere Sozialministerin, begründete die Liberalisierung des bestehenden restriktiven Rauchverbots mit dem Koalitionsvertrag und den Grundsätzen des Bundesverfassungsgerichts. Das neue Gesetz werde „in stärkerem Maße der bayerischen Lebensart gerecht, nämlich 'Leben und leben lassen'“, zeigte sie sich überzeugt.

Die gesundheitspolitische Sprecherin der SPD, Kathrin Sonnenholzner, entgegnete, es gehe bei der Gesetzesänderung nicht um „Leben und leben lassen, sondern um „Leben und



Laut Tabak-Atlas des Deutschen Krebsforschungszentrums sterben in Deutschland jährlich über 3300 Nichtraucherinnen und Nichtraucher an den Folgen des Passivrauchens.

Foto: ddp

sterben lassen“. Sie nannte den Gesetzentwurf eine „Bankrotterklärung“ der Gesundheitspolitik und warf der Staatsregierung vor, den Gesundheitsschutz auf „dem Altar der Koalitionsvereinbarung und falsch verstandener Liberalität“ zu opfern.

Bernhard Pohl von den Freien Wählern (FW) kritisierte den Regierungsentwurf als „bürokratisches Monstrum“: Er prophezeite, dass die Gerichte mit Arbeit überschwemmt würden, die demnächst darüber zu entscheiden hätten, was denn „getränkegeprägt“ sei. Die

Nichtraucherschutz gelockert

Freien Wähler hätten einen Gesetzentwurf auf den Weg gebracht, der auf diese bürokratischen Hindernisse verzichte. Mit Blick auf den Gesetzentwurf der Grünen sagte Pohl, seine Fraktion habe eine andere Auffassung vom „mündigen Bürger“. In eine Gaststätte müsse doch niemand gehen, der dort nicht hineingehen wolle.

Aus Sicht der Grünen stellte der Entwurf der Regierung kein Gesetz zur Änderung des Gesundheitsschutzgesetzes dar. Es sollte besser „Nichtraucherschutz ade“ heißen, sagte die Grünen-Landesvorsitzende Theresa Schopper. Den Abgeordneten der CSU müsse die „Schamröte ins Gesicht schießen“, schließlich werde in einer „Wackeldackel-Aktion“ der

Gesundheitsschutz der Koalitionsräsön unterworfen. Mit Blick auf das derzeit im Innenministerium zur Prüfung vorliegende Volksbegehren „Für echten Nichtraucherschutz!“ zeigte sich Schopper davon überzeugt, dass dieses Gesetz ohnehin nicht lange halten werde. Zudem komme spätestens 2011 ein konsequentes Nichtraucherschutzgesetz, das derzeit bei der EU vorbereitet werde.

Dr. Andreas Fischer, stellvertretender Vorsitzender der FDP-Fraktion, betonte, es gehe nicht um die Beurteilung des Rauchens, sondern um die Beurteilung, wie viele Verbote wir in diesem Land brauchen. Die Liberalen hätten das Thema angepackt, weil die bisherige Lösung

„eine einzige Heuchelei“ sei. Ein strenges Gesetz und ein lockerer Vollzug passten nicht zusammen und seien nicht ehrlich. Sein Fraktionskollege Tobias Thahammer unterstrich: Der „staatliche Zeigefinger halte sich künftig konsequent heraus, wo ein expliziter Nichtraucherschutz nicht erwünscht und auch nicht nötig“ sei.

/kh



Foto: Bilderbox

Eckpunkte des geänderten Gesetzes zum Schutz der Gesundheit (GSG)

Das Rauchen bleibt verboten in öffentlichen Gebäuden, in Einrichtungen für Kinder und Jugendliche, in Bildungseinrichtungen für Erwachsene (Hochschulen, Volkshochschulen), in Einrichtungen des Gesundheitswesens, insbesondere Krankenhäusern sowie in Heimen, Sportstätten und Verkehrsflughäfen. In Einrichtungen für Kinder und Jugendliche ist das Rauchen grundsätzlich auch auf dem Gelände der Einrichtungen untersagt. In Bier-, Wein- und Festzelten darf ab

1. August wieder geraucht werden, ebenso in sogenannten Getränkegeprägten Gaststätten, die kleiner als 75 Quadratmeter sind, sowie in Nebenräumen. In Diskotheken und anderen Tanzlokalen kann das Rauchen in einem Nebenraum gestattet werden. Eine Innovationsklausel lässt außerdem Ausnahmen zu, wenn durch technische Vorkehrungen (z. B. Filteranlagen) ein dem Rauchverbot vergleichbarer Schutz vor den Gefahren des Passivrauchens geleistet werden kann. [MEHR](#)

Information zum Volksbegehren „Für echten Nichtraucherschutz“

Der Antrag auf Zulassung eines Volksbegehrens „Für echten Nichtraucherschutz!“ ist am 17. Juli 2009 im Bayerischen Staatsministerium des Innern eingereicht worden. Das Innenministerium prüft nun die gesetzlichen Voraussetzungen für die Zulassung des Volksbegehrens. Hält es diese für nicht gegeben, legt es den Antrag dem Bayerischen Verfassungsgerichtshof vor, der dann über die Zulassung zu entscheiden hätte.

Bejaht hingegen das Innenministerium das Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzun-

gen, macht es das Volksbegehren innerhalb von sechs Wochen ab Antragseingang, also bis spätestens 28. August 2009 im *Bayerischen Staatsanzeiger* bekannt. Zugleich legt es die zweiwöchige Frist fest, innerhalb der die Eintragungen für das Volksbegehren vorgenommen werden können. Die Eintragsfrist beginnt frühestens acht, spätestens zwölf Wochen nach der Veröffentlichung im *Staatsanzeiger*. Weitere Informationen zum Thema Volksbegehren sind unter <http://www.stmi.bayern.de/buerger/wahlen/volksbegehren/> abrufbar. [MEHR](#)

BayernLB: Weichen neu gestellt

Landtag verabschiedet vor der Sommerpause neues Landesbankgesetz

Kaum ein Ereignis hat so nachhaltig in den Haushalt des Freistaates Bayern eingegriffen wie die Stabilisierung der BayernLB. Mitte Juli änderte das Parlament die rechtlichen Grundlagen im Landesbankgesetz und legte damit den Rahmen für das künftige Handeln neu fest.

Eine Finanzspritze in Höhe von 10 Milliarden Euro aus dem öffentlichen Staatshaushalt war im Dezember 2008 notwendig gewesen, um die BayernLB vor dem Kollaps zu retten. Jetzt hat der Landtag die ihm möglichen Konsequenzen gezogen und auf Antrag der Staatsregierung ein neues Landesbankgesetz verabschiedet – in der Hoffnung, dass das Institut „nie mehr in eine derartige Schieflage kommt wie letztes Jahr“, so der Vorsitzende des Haushaltsausschusses, Georg Winter (CSU).

In dem neuen Gesetz wird der Geschäftsauftrag der BayernLB als öffentlich-rechtliches Institut präzisiert und die Besetzung des Verwaltungsrates neu geordnet. Dem Kontrollgremium werden künftig nur noch ein Mitglied der Sparkassenfamilie sowie ein Vertreter der kommunalen Spitzenverbände angehören. Seitens der Staatsregierung werden im Verwaltungsrat der Finanz-, der Innen- und der Wirtschaftsminister sowie ein

weiterer Vertreter des Finanzministeriums sitzen, denen ein doppeltes Stimmrecht zusteht. Außerdem wird den Bankbeschäftigten die Entsendung eines Mitglieds ermöglicht. Vervollständigt wird das Gremium von vier externen Fachleuten, die auf Vorschlag der Staatsregierung berufen werden.

Mitwirkungsrechte des Parlaments

Dem Gesetz wurde ein Passus angefügt, wonach ein möglicher späterer Verkauf der Landesbank sowie wichtige strategische Entscheidungen der Bank unter den Zustimmungsvorbehalt des Landtags gestellt werden.

SPD, Grüne und Freie Wähler stimmten dem Gesetz nicht zu, weil die schwarz-gelbe Regierungskoalition für die Mitwirkungsrechte des Landtag zahlreiche Ausnahmen eingefügt hatte. So viele, dass der Grünen-Haushaltsexperte Eike Hallitzky von einem „Persilschein“

für die Staatsregierung im Umgang mit der BayernLB sprach.

Überhaupt hatte die Opposition weit umfassenderen Reformbedarf angemeldet. So sollten nach dem Wunsch von SPD, Grünen und Freien Wählern die Geschäftsfelder der BayernLB als Konsequenz aus den milliarden-schweren Fehlspekulationen mit risikobehafteten strukturierten Wertpapieren noch enger



eingegrenzt werden. Eine solch strenge Festlegung sah der Entwurf der Staatsregierung nicht vor. Dort heißt es sogar, dass eine im Wettbewerb stehende Landesbank in der Lage sein müsse, „ihr Geschäftsmodell laufend den sich wechselnden Anforderungen des Marktes anzupassen“. Die SPD-Abgeordnete Inge

Aures entdeckte darin eine Öffnungsklausel, um die spätere Privatisierung der BayernLB einzuleiten.

Zur Neubesetzung des Verwaltungsrates schlug die Opposition vor, je einen Vertreter der Landtagsfraktionen in das Gremium zu schicken. Die SPD regte zudem an, gleich drei Arbeitnehmervertreter im Verwaltungsrat zuzulassen, damit die Interessen der Mitarbeiter beim anstehenden Umbau der Bank ausreichend gewahrt sind. Das doppelte Stimmrecht für die Vertreter der Staatsregierung in dem Kontrollgremium lehnte die Opposition ab. Die Freien Wähler wollten auch den Ministerpräsidenten in den Verwaltungsrat entsenden. Wegen des milliarden-schweren Engagements des Freistaats bei der Bank müsse der Regierungschef auch hier in der Verantwortung stehen, so der FW-Abgeordnete Bernhard Pohl.

Bei den beiden Koalitionsfraktionen fanden diese Vorschläge keine Zustimmung. Georg Winter (CSU) verwies auf den Zustimmungsvorbehalt des Parlaments und betonte: „Durch den Zustimmungsvorbehalt haben wir die Position des Parlaments bezüglich struktureller Änderungen bei der BayernLB nachhaltig gestärkt.“

/JUM

Serie - Teil 4: Der Ausschuss für Umwelt und Gesundheit

Der Natur verpflichtet

Sie sind die „Werkstätten“ des Parlamentsbetriebs: die Ausschüsse. Jeder der zwölf ständigen Ausschüsse des Landtags ist für ein bestimmtes Politikfeld zuständig. Hier beraten die Experten der Fraktionen Gesetzentwürfe und Anträge, zu denen sie Beschlussempfehlungen abgeben. Dadurch werden inhaltlich die Sitzungen und Entscheidungen der Vollversammlung vorbereitet. „Maximilianeum“ stellt die Ausschüsse der Reihe nach vor - in dieser Ausgabe die Aufgaben des Ausschusses für Umwelt und Gesundheit.

„Es hat mehr als 20 Jahre gedauert, bis die Grünen den lange gehegten Wunsch erfüllt bekamen, „ihren“ Ausschuss zu leiten. Mit Christian Magerl führt erstmals ein Vertreter der Öko-Partei den Umweltausschuss des Landtags. Der Einzug von fünf Fraktionen nach der Landtagswahl und das gute Ergebnis der Grünen führten dazu, dass sich die Partei bei der Verteilung der Ausschussvorsitze dieses Gremium sichern konnte.

Gesundheitsfragen als neues Themengebiet

Für den Biologen Magerl, grüner Parlamentarier der ersten Stunde, ist das eine neue Herausforderung, vor allem weil der Ausschuss als Folge

des von Ministerpräsident Horst Seehofer (CSU) vorgenommenen Neuzuschnitts der Ministerien die Kompetenzen für Gesundheitsfragen dazu bekommen hat. Für Magerl hieß das, sich in die Verästelungen der Honorarstruktur von Ärzten und des Sozialversicherungsrechts einzuarbeiten und sich Themen wie der Nabelschnurblutbank zu widmen. Gleiches galt für seinen Stellvertreter Otto Hünnerkopf von der CSU. Auch der gelernte Landespfleger hatte sich bislang nur als Umweltpolitiker profiliert.

So richtig glücklich war ohnehin keine Fraktion über die Kombination von Umwelt- und Gesundheitspolitik in einem Ausschuss. Jedes



20 Parlamentarierinnen und Parlamentarier gehören dem sogenannten „Umweltausschuss“ an. Foto: Poss

für sich genommen ist schon ein umfassendes Themengebiet. Gelöst wurde das Problem dadurch, dass das 20-köpfige Gremium von den Fraktionen je zur Hälfte mit Gesundheits- und Umweltpolitikern besetzt wurde. Vor allem für die kleinen Fraktionen stellte dies eine logistische Herausforderung dar, weil gesundheits- und sozialpolitische Fragen - letztere werden federführend im Sozialausschuss behandelt - eng miteinander verwoben sind.

Vor diesem Hintergrund mussten Fraktionsarbeitskreise neu zugeschnitten und Umwelt- sowie Sozialausschuss zeitaufwändig sozusagen in Personalunion besetzt werden.

Dem Ausschuss für Umwelt und Gesundheit gehören in dieser Legislaturperiode zehn Mitglieder der CSU an, vier der SPD sowie je zwei von Grünen, Freien Wählern und FDP.

Einen eigenständigen Umweltausschuss gibt es im Landtag seit 1974. Damals wurde in Bayern als erstem Bundesland auch ein Umweltministerium eingerichtet. Ziel war und ist bis heute der Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen. Deshalb gehört es zu den fundamentalen Aufgaben des Umweltausschusses, durch Gesetze, Anträge und die Behandlung von Bürgerpetitionen für die Reinhaltung von Luft, Wasser und Boden zu sorgen. *Fortsetzung nächste Seite*

Ausschuss für Umwelt und Gesundheit

Stoff für leidenschaftliche Diskussionen liefert dabei seit jeher die Frage, wie die Interessen von Ökologie und Ökonomie in Einklang gebracht werden können. Grob gesagt stehen sich im Ausschuss zwei Denkweisen gegenüber: Während die eine Seite davon ausgeht, dass nur wirtschaftliche Prosperität den Spielraum für weitreichenden Umweltschutz schafft, steht die andere Seite auf dem Standpunkt, dass nur in einer intakten Umwelt erfolgreiches Wirtschaften nachhaltig möglich ist, dass Umweltschutz auf Dauer mehr Arbeitsplätze sichert als kostet. In diesem Spannungsfeld verlaufen im Regelfall die Debatten im Umweltausschuss, für die das Gremium wegen ihrer Länge und Detailtiefe ebenso bekannt wie berüchtigt ist. Dauerbrenner sind die Sicherheit der bayerischen Kernkraftwerke



Der Atomreaktor Ohu: Über die Sicherheit der Kernkraftwerke wird teils heftig diskutiert.

und der Umgang mit radioaktivem Müll, der Ausbau des letzten frei fließenden Stücks der Donau zwischen Deggendorf und Vilshofen sowie der Landverbrauch durch die Ausweisung von Bau- und Gewerbegebieten und die Errichtung von Verkehrswegen. Wichtiges Thema im Ausschuss ist zudem der Tier- und Artenschutz und in diesem Zusammenhang der Erhalt von Biotopen.

Intensive Debatten zum Donau-Ausbau und zur Sicherheit der Kernkraftwerke

So wurde um die Jahrtausendwende lange über den Umfang der von der EU geforderten Biotopverbünde im Zuge der Vogelschutz- und der Flora-Fauna-Habitat (FFH)-Richtlinie gestritten. Heute stehen vor allem Maßnahmen gegen den fortschreitenden Klimawandel und



Regelmäßig als Thema auf der Tagesordnung: die bayerischen Nationalparks.



Die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger im Fokus: Schnelltest im Labor.

dessen auch in Bayern zum Beispiel durch vermehrte Hochwasser zu spürende Folgen auf der Tagesordnung. Im Zuständigkeitsbereich der Umweltpolitiker befinden sich auch die bayerischen Nationalparks, wo gegenwärtig über die Neuausweisung eines Nationalparks im fränkischen Steigerwald debattiert wird.

Ganz wesensfremd sind die Bereiche Umwelt- und Gesundheitsschutz allerdings nicht. Das zeigt sich gerade im Feld der Gesundheitsvorsorge, bei dem es nicht nur um Programme geht, wie sich Bayerns Bürger körperlich fit halten können, sondern auch um die Minimierung von Schadstoffen in Lebensmitteln oder im Grundwasser, also der gesundheitliche Verbraucherschutz. Wichtig Fundus für den



Ebenfalls auf der Agenda: das Krankenhauswesen in Bayern.

Fotos: ddp und Bilderbox

Ausschuss ist hier der jährliche Bericht des Landesamtes für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit. Dieser gibt den Abgeordneten regelmäßig Ansatzpunkte für politisches Handeln im Bereich des vorbeugenden Umweltschutzes oder der Überwachung von Lebensmitteln. Ferner befasst sich der Ausschuss auch eingehend mit den Auswirkungen des Mobilfunks sowie des Lärms auf die menschliche Gesundheit. In den Bereich des Gesundheitsschutzes fällt auch das Mitte Juli verabschiedete Nichtraucherschutzgesetz, dessen strikte Ausgestaltung nach dem Willen der Koalitionspartner CSU und FDP in einzelnen Punkten gelockert wurde (siehe dazu Seite 7). Die Themenfülle, die die Abgeordneten im Ausschuss für Umwelt und Gesundheit zu bewältigen haben, ist also riesig. / Jürgen Umlauf

Porträts der beiden Vorsitzenden

Dr. Christian Magerl (Bündnis 90/Die Grünen)

Für einen Politiker, der bereits seit seiner Jugend im Naturschutz engagiert ist, muss der Vorsitz im Umweltausschuss eines Parlaments die Erfüllung eines großen Traums sein. Christian Magerl empfindet das tatsächlich so: Seit den Landtagswahlen ist der Kreisvorsitzende des Bund Naturschutz (BUND) in Freising Chef des Umwelt-Gremiums im Landtag: „Meine Fraktion und ich haben uns diesen Vorsitz gewünscht“, sagt der 53-Jährige. Magerl gehört der ersten Generation der Grünen an, die 1986 ins Maximilianeum einzog. Mit einer Unterbrechung zwischen 1998 und 2003 gehört er seitdem dem Landtag an. Bei den letzten Landratswahlen kandidierte er in seinem Heimat-Landkreis Freising für dieses Amt: Mit 41,5 Prozent der Stimmen unterlag er in der Stichwahl knapp Michael Schwaiger (Freie Wähler). Bei seinen Mitbürgerinnen und Mitbürgern hatte Magerl damals vor allem als Gegner einer dritten Start- und Landebahn am Münchner Flughafen punkten können. Diese lehnt der studierte Chemiker und Biologe, der in Zoologie promoviert wurde, weiterhin ab. Genauso wie Atomenergie. Deshalb hat er sich auch vorgenommen, mit seinem Ausschussvorsitz dazu beizutragen, „dass wir zu den nächsten Landtagswahlen 2013 dem Atomausstieg ein Stück näher sind als heute.“

Auch die Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie sowie die Wasserrahmenrichtlinie zum Gewässerschutz der Europäischen Union will er besser umsetzen helfen: „In beiden Bereichen ist Bayern momentan Schlusslicht“, beklagt er. Als Ausschussvorsitzender könne man durchaus Themen forcieren, die einem am Herzen



Foto: Poss

liegen. Die Zusammenarbeit mit seinem Stellvertreter Otto Hünnerkopf funktioniere „menschlich und organisatorisch sehr gut“. Inhaltlich allerdings lägen Welten zwischen ihnen. „Bei der Atomenergie, bei der Isental-Trasse an der A 94 und beim Donauausbau gehen die Meinungen beispielsweise weit auseinander“, sagt Magerl. Eines könnten viele seiner Kollegen im Umweltausschuss nicht nachvollziehen: Warum große Teile der Gesundheitspolitik vom Sozialministerium auf das Umweltministerium übertragen wurden. Magerl: „Diese Umorientierung macht keinen Sinn.“ [/aki](#) [➔](#) [MEHR](#)

Dr. Otto Hünnerkopf (CSU)

Eines hat Otto Hünnerkopf, stellvertretender Vorsitzender des Umweltausschusses, mit dem Vorsitzenden Christian Magerl gemeinsam: Auch er sagt, dass ihn das Thema Naturschutz bereits sein Leben lang begleitet. Vor allem bringt er 25 Jahre einschlägige Berufserfahrung mit. Als Landschaftsplaner bei der Straßenbauverwaltung hat er z. B. Umweltverträglichkeitsprüfungen vorgenommen. Insofern sei die hervorgehobene Position im Ausschuss für ihn wie geschaffen: „Einerseits ist man mehr gefordert, hat mehr Verantwortung gegenüber seiner eigenen Fraktion“, sagt der 58-jährige Vater von zwei Töchtern. Andererseits könne er Themen stärker bestimmen.

Wer glaubt, dass er deshalb ständig mit Magerl ringen müsse, irre sich: „Mit dem Christian komme ich klar“, sagt er. Die Frage, ob die beiden denn per Du sind, erübrigt sich damit. Die Zusammenarbeit funktioniere sehr gut. Aber auch bei Themen wie Artenschutz und Biodiversität gebe es inhaltliche Schnittmengen. Deshalb anzunehmen, dass sich von dieser Zusammenarbeit eine künftige schwarz-grüne Koalition ablesen lasse, geht allerdings zu weit: „Wir haben eine Koalition, die steht.“ Obwohl: „Ein Demokrat muss auch offen sein für sinnvolle Konstellationen in der Zukunft“,

findet der Unterfranke. Das soll nicht heißen, dass Magerl und Hünnerkopf nicht auch völlig entgegengesetzte Ansichten haben – Stichwort Kernenergie: „Obwohl ich auch die Schwachstellen der Atomenergie sehe – etwa die Endlagerung des Mülls – vertrete ich absolut die Ansicht der CSU zum Thema.“



Foto: Poss

Und die lautet, dass Atomkraft so lange genutzt werden soll, bis die regenerativen Energien ausreichen, um „damit wirtschaftlich über die Runden zu kommen“. Er will die Umweltkompetenz der CSU in der Öffentlichkeit ins rechte Licht rücken. Seiner Meinung nach wird diese unterschätzt: „Wir sind in vielen Bereichen deutschlandweit führend: Beispielsweise stehen 40 Prozent der Fotovoltaik-Anlagen in Bayern.“ Auch in seiner Freizeit beschäftigt sich Hünnerkopf mit Umweltschutz: Sein Engagement gilt dem Erhalt alter Obstsorten. [/aki](#) [➔](#) [MEHR](#)

Wie praktikabel ist der Feuerwehrführerschein?

Standpunkte der Fraktionen



Christian Meißner, MdL: Die neuen Regelungen zum Feuerwehrführerschein gehen nicht weit genug. Die

Anfang Juli vom Deutschen Bundestag beschlossenen Regelungen zum Feuerwehrführerschein bringen zwar für Einsatzfahrzeuge bis 4,75 Tonnen Erleichterungen. Sie bleiben aber gerade mit Blick auf die schwereren Fahrzeuge bis 7,5 Tonnen weit hinter dem zurück, was von uns gefordert und auf Initiative von Staatsminister Herrmann im Bundesrat und in der Innenministerkonferenz beschlossen wurde. Wir bleiben dabei: Der Erwerb der Sonderfahrerlaubnis darf auch für Fahrzeuge bis 7,5 Tonnen nur an eine feuerwehr- bzw. verbandsinterne Ausbildung geknüpft werden. Dieses Ziel ist mit dem Berliner Koalitionspartner SPD nicht erreichbar. Nach der Bundestagswahl sind hier dringend Nachbesserungen erforderlich.



Bayern, aber gerechter.

Stefan Schuster, MdL: Gerade für die Einsatzbereitschaft in den ländlichen Regionen Bayerns ist es wichtig, dass durch das neue Gesetz die vielen Freiwilligen, die nur einen „normalen“ Kfz-Führerschein der Klasse B haben, intern durch eine Ausbildung die Fahrerlaubnis bis 4,75 Tonnen erwerben können. Für schwerere Fahrzeuge bis zu 7,5 Tonnen muss der C1-Führerschein zu einem reduzierten Tarif von 600 Euro erworben werden. Hier wurde ein vernünftiger Kompromiss gefunden, der weitestgehend allen Interessen und Vorgaben entspricht und vor allem auch dem uns sehr wichtigen Sicherheitsaspekt gerecht wird. Gerade als Feuerwehrmann weiß ich, wie wichtig eine optimale Ausbildung der Fahrer bei stressgeladenen Einsatzfahrten mit schwerem Gerät ist.



Alexander Muthmann, MdL
Der neue Feuerwehr-

führerschein ist ein erster Schritt in die richtige Richtung, jedoch ist er noch immer zu kompliziert und für die Freiwilligen Feuerwehren und Rettungsdienste zu wenig entlastend. Er ist zu teuer und mit großem bürokratischen Aufwand verbunden. Das bisherige Ergebnis ist zwar maßgeblich auch der Initiative der Freien Wähler-Fraktion zu verdanken und als Teilerfolg zu begrüßen. Jedoch wird die Freie Wähler-Fraktion nach der Bundestagswahl im Herbst 2009 bei der dann verantwortlichen Bundesregierung einen neuerlichen Vorstoß machen, um das ursprüngliche Ziel zu erreichen - nämlich dass Fahrzeuge der Feuerwehr und andere Rettungsdienste bis 7,49 Tonnen zulässiges Gesamtgewicht ohne zusätzliche Ausbildung und Prüfungen mit Fahrerlaubnis Klasse B (alte Pkw-Fahrerlaubnis) gefahren werden dürfen.



Susanna Tausendfreund, MdL: Der Kompromiss,

der für den neuen Feuerwehrführerschein gefunden wurde, ist tauglich, er führt zu einer deutlichen Verbesserung, ist aber kein ideales Ergebnis. Es gibt nun für die Feuerwehren und Rettungsdienste eine Sonderberechtigung für Fahrzeuge bis 4,75 Tonnen und für Fahrzeuge bis 7,5 Tonnen. Dies ist bereits ein großer Erfolg, der noch vor einem halben Jahr nicht möglich erschien. Das Erfordernis externer Prüfungen bei einer Fahrschule und beim TÜV ist zunächst hinnehmbar, sollte aber nach der Bundestagswahl nachverhandelt werden. Uns hätte eine organisationsinterne Einweisung ausgereicht, denn das sichere Führen der Fahrzeuge hängt nicht unbedingt von einer Prüfung ab, sondern von der Fahrpraxis, die bei den Feuerwehren und Rettungsdiensten laufend trainiert wird. Dort weisen die erfahrenen Kräfte den Nachwuchs in einem fließenden Prozess ein.



Dr. Andreas Fischer, MdL: Die EU-Führer-

scheinrichtlinie hat bei den Feuerwehren zu erheblichen praktischen Problemen geführt. Nur noch schwer waren Fahrer zu finden, die die entsprechende Fahrerlaubnisklasse haben, deshalb musste dringend Abhilfe geschaffen werden. Die Feuerwehren sind unverzichtbar für unsere Sicherheit, und die Feuerwehrkameraden verdienen unsere uneingeschränkte Unterstützung. Mit dem neuen Führerschein werden die Feuerwehren zumindest etwas entlastet. Um vor allem kleine Feuerwehren mittelfristig zu retten und junge Menschen zusätzlich für den Dienst in den Freiwilligen Feuerwehren motivieren zu können, muss der neue Feuerwehrführerschein noch preiswerter sein und auch die private Nutzung erlauben.

„Sternstunden“ in Schleißheim

Mehr als 2000 Gäste beim Sommerempfang des Bayerischen Landtags

Der Sommerempfang des Landtags gilt als Glanzpunkt im Parlamentskalender. Heuer war die Veranstaltung gleich im doppelten Sinn eine Sternstunde: für die 2000 Gäste, die einen perfekten Sommerabend vor der prächtigen Schlosskulisse genossen und für kranke, behinderte und Notleidende Kinder – ihnen wird der Erlös des Abends im Rahmen der Aktion „Sternstunden“ zugutekommen.

Traditionell ist der Sommerempfang in Schleißheim eine Begegnung von Menschen aus allen gesellschaftlichen Schichten. Landtagspräsidentin Barbara Stamm lag persönlich sehr daran, auch möglichst viele verdiente Frauen einzuladen, die sich in sozialen und in karitativen Diensten sowie Ehrenämtern engagieren: „Denn“, so Barbara Stamm, „sie leisten in großer Zahl einen ganz persönlichen Beitrag zur Pflege der sozialen Kultur in Bayern.“ Neben

den ehrenamtlich engagierten Bürgerinnen und Bürgern aus allen Landesteilen Bayerns nahmen auch wieder viele prominente Vertreter aus Politik, Wissenschaft, Kultur, Sport und den Medien am Empfang teil.

Zum ersten Mal war der Abend mit einer Tombola verbunden – zugunsten der Benefizaktion „Sternstunden“ des Bayerischen Rundfunks. Seit 16 Jahren unterstützt „Sternstunden e.V.“ Kinderhilfsprojekte in Deutschland und in der Welt. „Wir möchten heute den Sternstunden dabei helfen, dass sie Kindern helfen“, sagte Barbara Stamm, die einen Scheck in Höhe von 60 000 Euro an Thomas Jansing von der Aktion „Sternstunden“ überreichen konnte. Sämtliche Preise der Tombola waren von Sponsoren gestiftet worden, darunter auch der Hauptpreis – ein alpinweißer BMW 120 D Coupé, mit dem Gewinner Hermann Schuster aus Mindelheim nach Hause fuhr.

Für Musik und gute Laune sorgten die Schleißheimer Schlosspfeifer, das Musikkorps der Bayerischen Polizei sowie die Bayern 1-Band. Deren Oldies von „Abba bis Zucchero“ kamen bei den Gästen gut an, viele schwangen das Tanzbein bis weit nach Mitternacht. /kh



Oben: Stimmungsvoller Sommerabend: Der Himmel präsentierte sich bis zum Sonnenuntergang im schönsten Bayerisch-Blau. Links: Premiere: Erstmals eröffnete mit Barbara Stamm eine Landtagspräsidentin das Sommerfest des Bayerischen Landtags. Rechts: Scheckübergabe (v.l.) Landtagspräsidentin Barbara Stamm, Tilmann Schöberl (BR), Landtagsvizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer und Thomas Jansing (Aktion „Sternstunden“)

Fotos: Rolf Poss

Chemiedreieck: „Wir möchten Flagge zeigen“

Interview mit Dr. Werner Goll, Sprecher der Initiative „ChemDelta Bavaria“

Das Bayerische Chemiedreieck stand im Juli im Mittelpunkt einer Ausstellung im Maximilianeum. Wir sprachen mit Dr. Werner Goll über Botschaft und Anliegen der in der Initiative ChemDelta Bavaria zusammengeschlossenen Unternehmen.

Seit Ende 2008 präsentiert sich das Bayerische Chemiedreieck unter der Marke „ChemDelta Bavaria“. Warum entschied sich diese bayerische Region für einen englischen Markennamen?

Ein Ziel der Initiative ist es, den Bekanntheitsgrad der Region zu erhöhen. Immer wieder stellen wir fest, dass das Bayerische Chemiedreieck zumindest außerhalb Bayerns



Dr. Werner Goll,
Sprecher der
Initiative

kaum oder überhaupt nicht bekannt – sozusagen eine terra incognita – ist. Deshalb haben wir eine neue Wortbild-Marke entwickelt, die international eingesetzt werden kann. Wir möchten damit Flagge zeigen – auch international.

Welchen Stellenwert hat die chemische Industrie in der Region?

Die chemische Industrie stellt in der Region 25 000 größtenteils hochqualifizierte Arbeitsplätze zur Verfügung. Weitere 50 000 Arbeitsplätze sind bei umliegenden Zulieferern und Dienstleistern entstanden. Das heißt: Jeder fünfte Bewohner in der Region ist beruflich mit der Chemieindustrie verbunden. Sie ist Job-Motor und ein wichtiger Ausbilder für junge Leute. Der Umsatz, der jährlich von den international agierenden Unternehmen des Bayerischen Chemiedreiecks erwirtschaftet wird, liegt bei 8 Milliarden Euro.

Welche strategische Bedeutung hat die 2007 im Landtag beschlossene Bereitstellung von Fördermitteln zum Bau der Ethylenpipeline Süd (EPS)?

Die Bewilligung war eine Schlüsselentscheidung. Durch die Realisierung dieses Projekts wird die derzeitige In-

sellage des lokal begrenzten bayerischen Ethylenverbunds aufgehoben. Das Chemiedreieck soll durch die EPS Anschluss an die Ethylenpipeline in Ludwigshafen und damit Zugang zum nordwesteuropäischen Pipelinenetz erhalten. Für das Chemiedreieck bedeutet dieser Anschluss Sicherheit bei der Versorgung mit Ethylen und Flexibilität bei der Einspeisung von Ethylen. Das schafft Planungs- und Investitionssicherheit.



Das Bayerische Chemiedreieck – eine der wirtschaftsstärksten Regionen in Bayern und in Deutschland. Der Wirtschaftsraum liegt ca. 70 bis 80 Kilometer östlich von München in den Landkreisen Altötting, Mühldorf und Traunstein. Die Region wird eingegrenzt durch die Standorte Burghausen und Burgkirchen/Gendorf im Osten. Trostberg im Süden sowie Aschau und Waldkraiburg im Westen.

Fortsetzung Interview

Ergeben sich durch das EPS-Projekt auch Wachstumsimpulse?

Nicht nur Impulse. Die Bewilligung des EPS-Projekts hat einen wahren Investitionsboom im Chemiedreieck ausgelöst. Bis 2011 werden die Unternehmen hier 2,5 bis 3 Milliarden Euro in die Erweiterung ihrer Produktionskapazitäten und die Modernisierung ihrer Anlagen investieren. Das Projekt zeigt geradezu lehrbuchhaft, wie öffentliche Hand und private Wirtschaft in einer gemeinsamen Kraftanstrengung das Wachstum einer Region sicherstellen.

Was bedeuten diese Wachstumsperspektiven für das Verkehrsaufkommen?

Es wird stark zunehmen. Bereits heute werden jeden Tag etwa 700 LKW und 350 Eisenbahnwagen mit Chemiegütern im Dreieck umgeschlagen. Dabei wird allein die Zahl der Bahntransporte bis 2015 auf mehr als das Doppelte steigen. Die seit Jahrzehnten vernachlässigte Verkehrsinfrastruktur im Chemiedreieck kann dieses Aufkommen schon jetzt kaum mehr bewältigen. Südostbayern steuert auf einen Verkehrsinfarkt zu, wenn der Staat nicht handelt. Darauf hinzuweisen, war ebenfalls zentrale Botschaft dieser Ausstellung im Landtag.

Herr Goll, vielen Dank für dieses Gespräch.

Interview: Katja Helmö 

Deutsch-Russisches Jugendparlament fordert Investitionen gegen die Wirtschaftskrise


„Mit den Augen der Jugend: Was erwarten wir von der Modernisierungspartnerschaft zwischen Deutschland und Russland?“ Unter diesem Motto tagte, parallel zu den deutsch-russischen Regierungskonsultationen und dem Petersburger Dialog, das 5. Deutsch-Russische Jugendparlament in Freising und München.

Zum Auftakt waren die 50 Jugendparlamentarier im Alter von 16 bis 25 Jahren der Einladung von Barbara Stamm in den Plenarsaal des Bayerischen Landtags gefolgt, um dort ihr Präsidium zu wählen und ihre Arbeit offiziell aufzunehmen. „Durch Ihren heutigen Besuch werden die guten Kontakte zwischen jungen Menschen aus Deutschland und Russland fortgesetzt und weiter vertieft“, freute sich die Landtagspräsidentin.

In den darauf folgenden Tagen wurde in vier Ausschüssen zu den Themen „Konsequenzen der Wirtschaftskrise“, „Modernisierung und Innovation“, „Neue Ideen für die Jugendzusammenarbeit“ und „Grenzen und Möglichkeiten des Jugendparlaments“ beraten. Besonderer Höhepunkt war eine Expertenanhörung, bei der Vertreter aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft den einzelnen Ausschüssen Rede und

Antwort standen, darunter der jugendpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Dr. Linus Förster, Markus Blume, Sprecher der Jungen Gruppe der CSU-Fraktion und Manfred Pointner (Freie Wähler-Fraktion).

Die Ergebnisse ihrer Arbeit stellten die Jugendparlamentarier am 16. Juli in einer Abschlussitzung in der Münchner Residenz den Vorsitzenden des Lenkungsausschusses des Petersburger Dialogs, Lothar de Maizère und Wiktor Subkow sowie dem früheren Brandenburgischen Ministerpräsidenten Manfred Stolpe vor. Im An-

schluss traten die Parlamentspräsidenten Theresa Lauterbach und Wadim Nikolajew bei der Abschlussitzung des Petersburger Dialogs im Beisein der Bundeskanzlerin Angela Merkel und des russischen Präsidenten Dimitri Medwedew auf. Nikolajew betonte dabei in Hinblick auf die Folgen der Wirtschaftskrise, dass „Investitionen in die Jugendzusammenarbeit immer rentabel sind, weil so nachhaltig das Vertrauen aufgebaut werden kann.“ *Sara Andersch* 



Galerie der Landtagspräsidenten: Porträt von Alois Glück aufgenommen

Die Galerie der Landtagspräsidenten im Maximilianeum ist um ein Bild reicher:

Es zeigt **Alois Glück**, der von Oktober 2003 bis Oktober 2008 an der Spitze des bayerischen Parlaments stand. Gemalt hat ihn der 82-jährige Künstler **Günter Rittner**, der für seine „Menschenbilder“ bekannt ist. Landtagspräsidentin **Barbara Stamm** enthüllte gemeinsam mit ihrem Vorgänger das Porträt in der Präsidentengalerie und betonte: „Wir dokumentieren damit ein wichtiges Stück bayerischer Parlamentsgeschichte.“

Das neue Bild im Wandelgang Nord des Maximilianeums zeigt einen nachdenklichen Alois Glück: einen aufmerksamen Beobachter

mit einem leichten Lächeln um den Mund. Die Teilnehmer an dem kleinen Festakt applaudieren, als das Tuch fällt. „Er ist gut getroffen“, stellt die Abgeordnete **Johanna Werner-Muggendorfer** anerkennend fest. Alois Glück selbst ist ebenfalls zufrieden. Das Porträt habe einen guten Wiedererkennungswert. „Es spiegelt die Wesenszüge wider, die für mich charakteristisch sind“, sagt er.

Fünf Mal saß der frühere Landtagspräsident Alois Glück dem renommierten Porträtmaler Günter Rittner Modell, jedes Mal zwei Stunden lang. Er habe einen Horror gehabt, vor allem vor dem ruhigen Sitzen, gesteht Alois Glück. Der Künstler aber habe ihn in interes-

sante Gespräche verwickelt, so dass es keine Sekunde langweilig war. /hw

Bei der Enthüllung des Gemäldes im Wandelgang.

Foto: Poss



Abschied von ...



[Siegfried Möslein](#).

Der ehemalige Erste Vizepräsident des Bayerischen Landtags ist am 10. Juni – kurz vor Vollendung seines 82. Lebensjahres – verstorben. Er gehörte dem Landtag von 1970 bis 1994 an und vertrat zuerst den Wahl-

kreis Oberfranken und dann 20 Jahre lang den Stimmkreis Coburg als Mitglied der CSU-Fraktion. Siegfried Möslein war von 1978 bis 1986 stellvertretender Vorsitzender seiner Fraktion.



Am 6. Juni verstarb der ehemalige Abgeordnete [Hermann Zenz](#) im Alter von 83 Jahren. Er war von

1966 bis 1990 Mitglied des Bayerischen Landtags und vertrat für die CSU zuerst den Wahlkreis Oberbayern, danach den Stimmkreis

München-Land-Süd. Er engagierte sich 20 Jahre lang u. a. im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen und bildete viele Jahre das organisatorische Rückgrat seiner Partei in Oberbayern.



Am 1. Juni ist der frühere Abgeordnete [Friedrich Weißkopf](#) im Alter von 71 Jahren verstorben. Friedrich Weißkopf gehörte dem Landtag von 1966 bis 1974 an. Er war Abgeordneter des Stimmkreises Hilpoltstein, Nürnberg-Land, den er für die CSU vertrat.



Im Alter von 64 Jahren ist die frühere grüne Landtagsabgeordnete [Ingrid Psimmas](#) in Berlin gestorben. Im Zivilberuf Lastwagenfahrerin, zog sie 1986 mit der ersten Grünen-Fraktion in den Landtag ein und machte

sich dort insbesondere für Frauenrechte und die Gleichstellung von Lesben und Schwulen stark.

Amtschef Peter Worm seit 1. Juli Ministerialdirektor

Jurist **Peter Worm**, Chef des Landtagsamts, hat erreicht, was ein bayerischer Beamter erreichen kann: Seit 1. Juli ist er Ministerialdirektor.

Landtagspräsidentin **Barbara Stamm** überreichte dem 51-jährigen Beamten im Juni die Ernennungsurkunde des Freistaates Bayern und lobte die hervorragende Zusammenarbeit mit dem Juristen, der seit 1986 an verschiedenen Stellen im Landtagsamt arbeitet. „Wir wissen, dass es bei Ihnen keinen Still-

stand gibt, dass Sie ausgleichen und zusammenführen können“, sagte Barbara Stamm. Peter Worm bedankte sich für den feierlichen Rahmen: Fast das gesamte Präsidium des Bayerischen Landtags war bei der Überreichung der Urkunde im Amtszimmer der Präsidentin dabei, außerdem stellvertretender Amtschef **Dr. Berndt Jäger** und Personalratsvorsitzender **Walter Simmet**.

Worm war gerührt: „Es ist wunderbar, hier arbeiten zu dürfen. Ich kann mich kaum an einen Tag erinnern, an dem es keinen Spaß gemacht hat!“

/hw



Nach der Überreichung der Urkunde: Landtagspräsidentin Barbara Stamm und Peter Worm, Direktor des Bayerischen Landtags (Mitte) mit Vertretern des Präsidiums (von links: Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Jörg Rhode, Reinhold Bocklet mit Christine Stahl 2.v.r. und Walter Nadler, rechts) sowie Dr. Berndt Jäger, stv. Amtschef (4.v.l.) und Walter Simmet, Personalratsvorsitzender (3.v.r.).

Foto: Poss



Dr. Thomas Petri: Neuer Datenschützer

Der Freistaat Bayern hat einen neuen Datenschutzbeauftragten: Zum 1. Juli trat **Dr. Thomas Petri** sein neues Amt an.

Foto: Poss

Die Entscheidung für Thomas Petri war bereits Ende Mai mit großer Mehrheit gefallen: 146 von 167 Abgeordneten stimmten für den Juristen, der Verfasser zahlreicher Publikationen zum Thema Datenschutz ist. Zuletzt leitete dieser den Bereich Recht beim Berliner Beauftragten für Datenschutz. Dr. Thomas Petri ist Nachfolger von **Dr. Karl Michael Betzl**.

Der Landesbeauftragte für den Datenschutz ist in Ausübung seines Amtes unabhängig, das heißt keinen Weisungen, sondern nur dem Gesetz unterworfen. Er kontrolliert, ob die öffentlichen Stellen des Freistaates Bayern und die kommunalen Körperschaften den Datenschutz einhalten. Die Dienstaufsicht über den Datenschutzbeauftragten hat die Landtagspräsidentin. Seiner Behörde in der Wagnmüllerstraße 18 in München gehören 25 Mitarbeiter an.

Schnappschuss mit Überraschungsgast

Dr. Heinz Fischer, Bundespräsident der Alpenrepublik Österreich (Foto: Mitte), war Überraschungsgast der gemeinsamen Konferenz der Präsidentinnen und Präsidenten der deutsch-österreichischen Landesparlamente, die Ende Juni in Graz stattfand. Angesichts des unerwarteten Zusammentreffens von Landtagspräsidentin **Barbara Stamm** mit dem österreichischen Staatsoberhaupt hatte **Peter Worm**, Direktor des Bayerischen Landtags, ganz spontan zum Handy gegriffen und diesen Augenblick mit der Kamera seines Mobiltelefons festgehalten. Rechts auf dem Bild: **Hans Ley**, Präsident des Landtags des Saarlandes.

Im Mittelpunkt der alle zwei Jahre stattfindenden Zusammenkunft stand heuer das Thema „Jugend und Politik“. Die Konferenzteilnehmer befassten sich in einer gemeinsamen Resolution mit der Frage, wie junge Menschen wieder stärker für die Politik begeistert werden können. /kh



Handy-Schnappschuss in Graz

Sommerfest im Maximilianeum

Stipendiaten, Mitglieder des Landtags, Mitarbeiter der Fraktionen und der Landtagsverwaltung – beim traditionellen Sommerfest der Stiftung Maximilianeum und des Personalrats des Landtagsamts kommen sie alle ganz unkompliziert zusammen: Auch in diesem Jahr gab es wieder – quer über die Bierbänke hinweg – ein geselliges Miteinander im Garten der Stiftung. Fraktions- und abteilungsübergreifend wurden Infos ausgetauscht. Für das leibliche Wohl sorgte die Stiftung, die zum Buffet einlud.



Antrittsbesuch im Bayerischen Landtag:

Anup Kumar Mudgal, neuer indischer Generalkonsul in München, hat sich am 20. Juni im bayerischen Parlament vorgestellt. Erster Vizepräsident **Reinhold Bocklet** empfing den Diplomaten in Vertretung von Landtagspräsidentin **Barbara Stamm**. Im Mittelpunkt des Gesprächs standen die Beziehungen des Freistaates zum Subkontinent, insbesondere die Situation bayerischer Unternehmen in Indien. Als Zeichen der Ver-



bundenheit hatte Anup Kumar Mudgal einen Foto-Bildband über Indien als Gastgeschenk mitgebracht. Vizepräsident Reinhold Bocklet bedankte sich mit einem Buch über Bayern.

Aderlass im Parlament

Viel Blut geflossen ist Anfang Juli bei der Blutspende-Aktion des BRK im Maximilianeum: Insgesamt 57 Blutspender, darunter Abgeordnete, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Fraktionsgeschäftsstellen und des Landtagsamts, waren dem Aufruf „Spende Blut, rette Leben“ gefolgt. Täglich werden in Bayern bis zu 2500 Blutkonserven benötigt, um Menschenleben bei Unfällen, Operationen oder schweren Erkrankungen zu retten. Zwar sind die Blutspendezahlen derzeit noch stabil, um den Bedarf an Blutprodukten für die Kliniken decken zu können. Aufgrund der demografischen Entwicklung würden aber nicht mehr genügend junge Spender nachrücken, um die entstehende Lücke zu schließen, berichtete



Spendeten Blut: Vertreter aller Fraktionen mit BRK-Präsidentin Christa Prinzessin von Thurn und Taxis (3.v.r.) sowie dem Ersten Vizepräsidenten Reinhold Bocklet (2.v.r.) bei der Eröffnung der Aktion. Rechts: Franz Maget, Chef der SPD-Landtagsfraktion, beim Aderlass. Fotos: Poss

Christa Prinzessin von Thurn und Taxis, die Präsidentin des Bayerischen Roten Kreuzes. Gemeinsam mit dem Ersten Vizepräsidenten **Reinhold Bocklet** sowie Vertretern der Landtagsfraktionen ging sie mit gutem Beispiel voran und ließ sich „anzapfen“.

Delegation aus Thailand im Landtag

Eine Delegation aus dem Königreich Thailand mit **Tassana Boontong**, zweite stellvertretende Präsidentin des Senatorenhauses, an der Spitze hat Anfang Juli den Bayerischen Landtag besucht. Bei einem gemeinsamen Mittagessen im Bayernzimmer, das vom Ersten Vizepräsidenten **Reinhold Bocklet** gegeben wurde, ging es bei den Gesprächen vor allem um Fragen zur Arbeit des Landtags und dessen verfassungsmäßige Rolle. Auch das föderale Regierungssystem der Bundesrepublik und die Mitwirkung der Länder an der Gesetz-

gebung waren für die thailändischen Gäste von großem Interesse. Außerdem kam die aktuelle politische Situation in Thailand zur Sprache. /kh



Informationen zur Parlamentsarbeit in Bayern aus erster Hand: Gastgeber Reinhold Bocklet (Mitte) mit (v.l.): Boonyod Sookthinthai, Dr. Jetn Sirathranont, Tassana Boontong, Dr. Pinit Kullavanijaya und Ninlawan Petcharaburanin. Fotos: Poss

Landtag tritt Bündnis für Toleranz bei

Der Bayerische Landtag ist Mitglied im „Bayerischen Bündnis für Toleranz – Demokratie und Menschenwürde schützen“. Die Bereitschaft zum Beitritt erklärte Landtagspräsidentin und Schirmherrin Barbara Stamm bei einem Parlamentarischen Abend des Bündnisses Mitte Juni im Maximilianeum. Rund 200 Personen waren der Einladung des Bündnisses gefolgt – darunter neben den Mitgliedern des Parlaments auch Mitarbeiter aus den Ministerien und der Staatsverwaltung, Vertreter der Medien sowie Mitglieder und Freunde des Bündnisses.

Im Mittelpunkt des Abends stand die Arbeit des Bayerischen Bündnisses für Toleranz und seiner Projektstelle. Fragen zur Demokratie-Erziehung und der Vermittlung von Werten waren dabei ebenfalls wichtige Themen. Seit seiner Gründung im Sommer 2005

versucht das „Bayerische Bündnis für Toleranz – Demokratie und Menschenwürde schützen“ seinem Namen gerecht zu werden und im Freistaat Bayern eine nachhaltige und kontinuierliche Arbeit zu leisten. Mittlerweile haben sich 25 Partner aus Politik, Wirtschaft, Bildung, Sport und anderen gesellschaftlichen Bereichen dem Bündnis



angeschlossen. Gemeinsam mit allen verantwortungsbewussten Demokraten tritt das Bündnis rechtsextremistischen, rassistischen und antisemitischen Tendenzen entgegen und wirbt für ein demokratisches,

werteorientiertes Gemeinwesen. Das Konsortium reagiert mit Aktionen und kreativen Initiativen auf rechtsextremistische Tendenzen in der Gesellschaft und auf die zurückgehende Sensibilisierung gegenüber der vom Neonazismus ausgehenden Gefährdung des Rechtsstaats. Im Rahmen dieser Aufgaben hat das Bündnis im Februar 2007 eine Projektstelle gegen Rechtsextremismus eingerichtet, die als zentrale Vernetzungs-, Kontakt- und Beratungsstelle agiert. Den Dialog zum Thema Toleranz führten beim Parlamentarischen Abend neben Landtagspräsidentin **Barbara Stamm** unter anderem **Karl-Willi Beck**, Erster Bürgermeister der Festspielstadt Wunsiedel, **Dr. Peter März**, Direktor der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit,



Referenten des Abends: Barbara Stamm (o.l.), Dr. Johannes Friedrich (o.r.), Charlotte Knobloch (u.l.), Prof. Dr. Reinhard Marx. Fotos: Poss

Dr. Johannes Friedrich, Landesbischof der Evang.-Luth. Kirche in Bayern, **Joachim Herrmann**, Staatsminister des Innern, **Charlotte Knobloch**, Präsidentin Israelitische Kultusgemeinde München/Oberbayern und Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland, **Prof. Dr. Reinhard Marx**, Erzbischof des Erzbistums München und Freising, **Dr. Simone Richter**, Leiterin der Projektstelle gegen Rechtsextremismus sowie **Fritz Schösser**, Vorsitzender des DGB Bayern. [/kh](#) [MEHR](#)

Impressum

Herausgeber:

Bayerischer Landtag, Landtagsamt, Maximilianeum, 81627 München
Der Bayerische Landtag bringt das Online-Magazin „Maximilianeum“ in Kooperation mit der Bayerischen Staatszeitung, Herzog-Rudolf-Straße 1, 80539 München, Tel: 089/290142-11, heraus.

Redaktion:

Katja Helmö (V.i.S.d.P., Landtagsamt)
Tobias Lill (Bayerische Staatszeitung)

Anschrift:

Redaktion Maximilianeum Online
Bayerischer Landtag, Landtagsamt Maximilianeum, 81627 München
Telefon: 089/41 26-0, E-Mail: maximilianeum-online@bayern.landtag.de

Grafik/Design:

Creation Club (CC) GmbH, Medienallee 19, 85774 Unterföhring

Alle veröffentlichten Bilder und Texte unterliegen dem Urheberrecht des Bayerischen Landtags bzw. der angegebenen Personen. Ein Download oder Ausdruck ist ausschließlich für den persönlichen Gebrauch gestattet. Alle darüber hinausgehenden Verwendungen, insbesondere die kommerzielle Nutzung und Verbreitung, sind grundsätzlich nicht gestattet und bedürfen der schriftlichen Genehmigung des Bayerischen Landtags.